

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 6 – Haushalt 2004 und 2005

Dazu sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 338.03 / 11.12.2003

Steuerentlastungen dürfen nicht durch zu hohe Sparmaßnahmen konterkariert werden

Die geplante Überschreitung der Verfassungsgrenze auch im Jahr 2004 muss vom Haushaltsgesetzgeber gut begründet werden. Deshalb will ich für meine Fraktion noch einmal deutlich machen, warum wir, sollte es zum Vorziehen der Steuerreform kommen, die Kreditaufnahme für 2004 so hoch ansetzen, dass es erneut zu einer Überschreitung der in der Verfassung vorgesehenen Verschuldungsgrenze kommt.

Wir gehen davon aus, dass ein Vorziehen der Steuerreform positive konjunkturelle Auswirkungen hat und wir sind der festen Überzeugung, dass diese erwarteten positiven Auswirkungen nicht durch zusätzliche Einsparungen im Landeshaushalt in Höhe von 160 Mio. Euro gefährdet werden dürfen. Einsparungen in dieser Größenordnung würden das Problem der Arbeitslosigkeit verschärfen und Investitionen in Schleswig-Holstein gefährden.

Wer sich konjunkturell begründet für Steuerentlastungen entscheidet – wie es wohl alle Fraktionen im Vermittlungsausschuss machen werden - muss auch auf die positiven Auswirkungen setzen und darf diese nicht durch zu harte Sparmaßnahmen des Landes konterkarieren. Deshalb ist aus Sicht meiner Fraktion die Voraussetzung für die Erklärung des wirtschaftlichen Ungleichgewichtes gegeben.

Auch sprechen alle wirtschaftlichen Daten dafür und Erfahrungen unserer europäischen Nachbarn haben gezeigt, dass mit Reformbeschlüssen und von der Politik gesetzten Impulsen die wirtschaftliche Lage eines Landes deutlich verbessert werden kann.

Unser Ziel ist es, dass die Arbeitslosigkeit sinkt und dass die Wirtschaft wieder auf die Füße kommt. Deshalb appellieren wir an den Vermittlungsausschuss, ein möglichst umfangreiches Reformpaket zu verabschieden – einschließlich Hartz III und IV.

Wenn wir feststellen, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht bundesweit ernsthaft und nachhaltig gestört ist und dass sowohl der Bund als auch andere Bundesländer diese Störung feststellen - wenn wir realisieren, dass in Berlin mehrere Reformpakete geschnürt werden, um die wirtschaftliche Situation zu verbessern - wenn wir akzeptieren, dass die Bundesregierung gerade nicht eine aufkommensneutrale Steuerreform plant sondern eine, die der Wirtschaft und den Bürgern mehr Geld bringt - dann müssen wir auch in Schleswig-Holstein akzeptieren, dass wir keinen verfassungskonformen Haushalt aufstellen können, ohne dass wir die zarte Pflanze des Aufschwungs zertreten würden.

Wir gehen davon aus, dass – wenn es zum erwähnten Reformpaket kommt - sich die wirtschaftliche Lage schon 2004 auch in Schleswig-Holstein verbessert. Mit dem Landeshaushalt setzen wir die notwendigen Eckpfeiler, um die schwierige finanzielle Situation des Landes Schleswig-Holstein zu verbessern. Wir unterstützen das Gesamtkonzept der Landesregierung zur Konsolidierung des Haushaltes. Kernpunkte dieses Konzeptes sind:

- Das 100 Millionen schwere Investitionsprogramm.
- Die Kürzung und Streichung von Förderprogrammen.
- Strukturelle Entscheidungen zur Entlastung des Haushaltes, von der Kürzung des Weihnachtsgeldes bis zum teilweisen Wegfall der Urlaubsgeldes, von der Auflösung von Ämtern bis zur Zusammenlegung von Behörden mit Hamburg.
- Das Ausschöpfung von Einnahmequellen durch erhöhte Umweltabgaben.

Diese Maßnahmen sollen gemeinsam mit dem Reformpaket der Bundesregierung dazu führen, dass das strukturelle Haushaltsdefizit überwunden wird – es sind die richtigen Schritte für 2004 und 2005.

Meine Fraktion würde dieses Sanierungskonzept gerne noch um zwei Bausteine erweitern: um eine Gebietsreform und um eine komplette Umgestaltung des Bildungssystems. Dafür haben wir aber innerhalb der Koalition - noch - keine Mehrheit.

Meine Fraktion wird die Reformvorhaben der Landesregierung auch in Zukunft unterstützen. Und wir werden uns auch weiterhin aktiv daran beteiligen, selbst Vorschläge für weitere notwendige – auch strittige – Reformen zu machen.

Außerdem ist uns noch ein Punkt sehr wichtig: Sollte sich die Konjunktur erholen und sollte es dadurch wieder steigende Steuereinnahmen geben, so muss das Land dennoch alles tun, um die Ausgaben des Landes auf dem jetzt erreichten niedrigen Niveau halten. Nur wenn uns das gelingt, werden wir die Nettoneuverschuldung mittelfristig reduzieren.
